

Unterausschuss Neue Medien

Expertengespräch zum Thema Online-Journalismus

Fragenkatalog

Antworten von Matthias Spielkamp, ms@immateriblog.de

1. Wie lässt sich Online-Journalismus definieren?

Online-Journalismus „ist Journalismus im Internet“ (Wikipedia). Was auf den ersten Blick so aussieht, als habe es sich jemand sehr leicht gemacht, ist auf den zweiten Blick zumindest teilweise sinnvoll. Thorsten Quandt, Professor an der FU Berlin, verfolgt einen vergleichbaren Ansatz, wenn er seine Definition möglichst offen hält. Er schreibt: „Online- Journalismus ist der Teilbereich des Journalismus, dessen journalistische Inhalte ‚online‘ publiziert werden.“ Aus medienpolitischer Sicht sollte wohl tatsächlich jede journalistische Online-Veröffentlichung als Online-Journalismus definiert werden. Wichtig ist hier, dass es um „journalistische Inhalte“ gehen soll. Die wiederum sind nach eigenen Kriterien definiert, auf die ich an dieser Stelle nicht eingehen kann.

Aus journalistischer Sicht (im Vergleich zur medienpolitischen) sollte Online-Journalismus allerdings viel mehr sein als nur journalistische Inhalte, die online publiziert werden. Was genau, hat Gabriele Hooffacker, Leiterin der Journalistenakademie München, gut auf den Punkt gebracht. Sie finden ihre Kriterien auf Seite 9.

2. Wie wird sich der Online-Journalismus – auch hinsichtlich seiner Nutzung – entwickeln?

Auch darauf gibt es (mindestens) zwei Antworten. Zum einen werden mittelfristig alle Inhalte über „das Internet“ übertragen werden, d.h. per TCP/IP und Packet-Switching-Technologie – Audio, Video, Text, Fotos etc. Der Übertragungsweg (und der ist mit ‚online‘ in den meisten Fällen gemeint) taugt daher nur schlecht als Abgrenzungs- und Definitionskriterium.

Was die journalistische Aufbereitung von Inhalten angeht, wird der Online-Journalismus langfristig die Führung gegenüber den Print-Publikationen übernehmen, d.h. dass eine online-gerechte Aufbereitung (z.B. nach den Kriterien von Hooffacker, s. S. 9) bei Publikumsmedien selbstverständlich sein wird und eine Print-gerechte Aufbereitung der Sonderfall. Radio und Fernsehen sind davon mittelbar betroffen, weil eine medien-übergreifende Verzahnung von Inhalten sehr schwer vorzunehmen ist. Zwar kann man in einen Online-Beitrag eine Audio-Datei einbauen (etwa einen Ausschnitt aus einem Interview), deren Inhalte jedoch in den meisten Fällen nicht als Verständnisbedingung für den Beitrag gelten dürfen. Denn dann wäre es zwingend, diesen Inhalt zur Kenntnis zu nehmen, um den Beitrag zu verstehen, was dem nicht-linearen Aufbau des Mediums zwar nicht vollständig widerspricht, den Beitrag jedoch sehr nutzungsfeindlich machen würde. Ich spreche hier von aktuellen Beiträgen, wie Nachrichten und Berichten; es gibt Beispiele für Multimedia-Beiträge, die so aufgebaut sind und dann eben voraussetzen, dass die Nutzer bereit sind, diese Multimedialität auch zu nutzen. Ähnliches gilt für Fernsehbeiträge.

3. Wie kann man seriösen Online-Journalismus und auch seriöse journalistische Blogs abgrenzen von anderen Formen der Kommunikation im Internet, beispielsweise in Blogs und in Foren?

Von Fall zu Fall durch Medienkompetenz, also auf Grundlage der Kriterien, die man auch sonst an Glaubwürdigkeit anlegt: Werden Quellen und Motivationen transparent gemacht? Was weiß man über die Autorin/den Autor? Wie ist ein Beitrag verfasst? Eine andere Möglichkeit sehe ich nicht.

4. Wie verändern die Blogs die „tradierte“ Medienlandschaft?

Eine Kolumnistin des „Wall Street Journal“, Peggy Noonan, hat es auf den Punkt gebracht: „Mainstream-Medien sind nicht ‚vorbei‘“, ist ihre Zwischenbilanz. „Sie können nur nicht mehr auftreten als *Der Wächter der Unzweifelhaften Wahrheit*. Die Mainstream-Medien sind jetzt nur noch ein Akteur unter vielen. Ein großer, aber eben nur ein Akteur.“ Das ist weniger, als viele Großsprecher der Blogger-Szene behaupten, die die Mainstream-Medien bereits als Dinosaurier im Angesicht des Kometen sehen: als Ausgestorbene in spe. Aber doch entschieden mehr, als viele Chefs großer Medienkonzerne wahrhaben wollen.

5. Was ist der Nährboden für diese Form des „grass-root journalism“?

Zuerst: Nur eine verschwindend geringe Zahl von Bloggern versucht, Graswurzel-Journalismus zu betreiben. Die meisten sind privater Natur, und auch die, die sich explizit an ein größeres Publikum richten, behaupten nur zu einem kleinen Teil, eine Art von Journalismus zu betreiben.

Für alle Blogger trifft jedoch wahrscheinlich ein Grund zu, aus dem sie bloggen: Weil es geht. Weil sie mit Mitteln, die technisch so einfach sind wie nie zuvor, etwas veröffentlichen zu können. Weil die Bemerkung „Freedom of the press is for those whon own a press“ nicht mehr zutrifft. Weil jetzt jeder mit Internetzugang auch zugleich eine „Druckerpresse“ besitzt.

6. Welche Auswirkungen gibt es für den kommunikativ vermittelten öffentlichen Raum und die klassischen Medienangebote, wenn jeder bloggt?

S.o. das Zitat von Noonan. Daraus folgt: JournalistInnen müssen sich stärker mit ihren LeserInnen auseinandersetzen, sie werden schärfer kontrolliert und in eine Diskussion eingezogen – wobei es keine Rolle spielt, ob sie das wollen oder nicht.

Zugleich wird der öffentliche Raum größer und vielfältiger – und damit unübersichtlicher. Auch das ist eine Herausforderung für die Medienkompetenz der Nutzer, aber auch der Medienhäuser. Um in dieser Konkurrenz zu bestehen, müssen sie den Spagat machen, zugleich mehr mit ihren LeserInnen zu diskutieren und zugleich nicht zum Blog zu werden. Denn ihre Glaubwürdigkeit und Kompetenzzuschreibung hängt zum großen Teil davon ab zu vermitteln, dass Journalismus ein System ist, das dazu führt, dass zumeist gesicherte Fakten übermittelt werden (im Sinne von Fairness und Genauigkeit, nicht Objektivität).

Strukturell kann die Blogosphäre eine Bedrohung für die klassischen Medienangebote sein, weil sich die Werbeeinnahmen aufgrund von Geschäftsmodellen wie Google AdSense auf mehr Anbieter verteilen. Das muss kein Nullsummenspiel sein, doch ist die Entwicklung nicht abzusehen.

7. Können möglicherweise insbesondere Redaktionen, gerade im internationalen Bereich, davon profitieren, weil diese Form der Kommunikation eine Basis für eine freiere internationale Kommunikation bietet?

Welche Form von Kommunikation – Weblogs oder Online-Journalismus? Sie können von Weblogs profitieren, weil sie Zugang zu mehr Sichtweisen bekommen als je zuvor, z.B. auch aus Krisengebieten oder Ländern mit autoritären Regimes. China und Zimbabwe sind dafür gute Beispiele. Sie können Weblogs auch in ihr eigenes journalistisches Angebot integrieren, wie es etwa der französische Sender France24, das Pendant zur Deutschen Welle, mit seinem Projekt „The Observers“ tut (<http://observers.france24.com/>), in dem Blogger, die von der Redaktion nach „klassischen“ Kriterien als glaubwürdig eingestuft werden, ihre Sichtweisen präsentieren können.

Das Internet kann es zum anderen erleichtern, direkt mit JournalistInnen in Krisenregionen zu kommunizieren. Allerdings birgt diese Kommunikation auch Gefahren, die dadurch entstehen, dass die Kommunikation überwacht wird. Ein Beispiel ist der skandalöse Umgang der Firma Yahoo, die auf Forderung der chinesischen Behörden die Identität eines regierungskritischen Bloggers preisgab, der in der Folge zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt wurde.

8. Wie bewerten Sie den gegenwärtig zu beobachtenden Wandel des Journalismus – nicht zuletzt aufgrund der neuen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten?

Durch diesen technischen Wandel ergeben sich Möglichkeiten, die es zuvor nicht gab, die aber durchaus sinnvoll sind – Diskussionsforen, direkte Rückmeldungen der LeserInnen an die Redaktionen durch Kommentare etc.

Viel wichtiger ist, dass die Hürden für die Veröffentlichung von Informationen ebenfalls stark abnehmen; befördert von bestimmter Software (Weblogs) und dem Internet als Verbreitungsweg wird der Prozess sehr viel einfacher und auch billiger. Das bedeutet, dass mehr Menschen veröffentlichen können und das auch tun; außerdem haben LeserInnen Zugang zu mehr Informationen, die bisher nicht zur Verfügung standen, also etwa Online-Angebote aus dem In- und Ausland.

Dadurch nimmt auch die Menge an Informationen zu, die die LeserInnen zur Kenntnis nehmen können. Neuberger spricht davon, dass die Nutzer im Netz einen „ungefilterten Zugriff auf zahlreiche Informationsquellen“ haben. Damit werde „aber die Sortier- und Interpretationsleistung ebenfalls auf sie abgewälzt. Der Engpass wandert im Internet von der Anbieter- auf die Nutzerseite: Nun herrscht nicht mehr Knappheit an Vermittlungskapazität, sondern Knappheit an Aufmerksamkeit und Urteilsvermögen auf Seiten der Rezipienten.“

Zudem kann diese Entwicklung zu einer weiteren Fragmentierung von Öffentlichkeit führen, da sich bestimmte Gruppen verstärkt nur noch innerhalb bestimmter Informations- und Diskussionszusammenhänge austauschen.

Die Entwicklung, dass immer weniger Menschen bereit sein werden, für journalistische Inhalte direkt zu bezahlen und eine indirekte Bezahlung über Werbeeinnahmen die Regel sein wird, sehe ich durchaus mit Sorge. Bisher sind viele kommerzielle Medien, vor allem private Hörfunk- und Fernsehsender, den Beweis dafür schuldig geblieben, dass sie Qualitätsjournalismus produzieren können. Im Print-Journalismus sah das bisher anders aus (in Grenzen, die hier nicht zu diskutieren sind).

9. Wie kann trotz der zunehmenden Beschleunigung im Online-Journalismus Qualität und Verlässlichkeit von Informationen sichergestellt werden? Inwiefern ist dies im „Wettlauf gegen die Zeit“ überhaupt noch möglich?

„Be first, but first be right“ ist das Diktum, das hier gelten sollte. Schnelligkeit ist immer der Feind von Fehlerfreiheit und Sorgfalt. Wer im aktuellen (Nachrichten-)Journalismus beides am besten kombiniert, verschafft sich einen Vorsprung gegenüber der Konkurrenz. Es ist allerdings sehr zu bezweifeln, dass die Schnelligkeit das wichtigste Kriterium für NutzerInnen dabei ist, einen Informationsanbieter zu wählen. Das es sie so sehr interessiert, ob eine Meldung fünf Minuten früher oder später erscheint als in einem Konkurrenzangebot, ist wahrscheinlich eine (oft schädliche) Illusion der Nachrichtenmacher, die viel stärker in diesen Kriterien denken.

Die größere Gefahr, als dass Anbieter abgehängt werden, die fünf Minuten langsamer sind als die Konkurrenz, ist, dass Anbieter abgehängt werden, die der Boulevardisierung von Nachrichten und Informationen nicht folgen wollen.

Wichtiger ist, dass die „Reichweite“ bei Online-Medien so genau gemessen werden kann, dass Angebote ins Hintertreffen geraten, die es nicht schaffen, Millionen von LeserInnen zu erreichen. Es ist sehr zu befürchten, dass das auf Seiten der Mainstream-Medien dazu führen wird, dass weniger Standpunkte als bisher zu lesen sein werden.

S. auch die Antwort auf die folgende Frage.

10. Wie kann man die seriöse und fundierte Berichterstattung schützen und möglicherweise als solche kenntlich machen?

Zum Schutz: Robin Meyer-Lucht spricht hier treffend von einem „Konsumentenversagen“ – seriöse Information wird offenbar nicht ausreichend nachgefragt. Aber man kann selbstverständlich auch von einem „Angebotsversagen“ sprechen, denn wie bisher auch, müssen Medienanbieter es schaffen, die LeserInnen davon zu überzeugen, dass sie relevante und glaubwürdige Informationen anbieten. Wenn sie das nicht schaffen, wird es sie entweder nicht weiter geben, oder es werden nur die „seriösen“ Anbieter überleben, die nach anderen Finanzierungsmodellen funktionieren, z.B. mit öffentlich-rechtlichen Gebühren. Zur Kennzeichnung: Eine Art „Blauer Engel des Journalismus“ ist für mich nicht vorstellbar. Wer sollte ihn vergeben, nach welchen Kriterien? Was würde aus der Bildzeitung?

11. Einige Wissenschaftler sprechen von einem erneuten Strukturwandel der Öffentlichkeit. Teilen Sie die Einschätzung und, falls ja, was sind die Merkmale dieses neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit?

Ob man von einem Strukturwandel der Öffentlichkeit sprechen kann oder sollte, weiß ich nicht. Welche konkreten Veränderungen mit welchen Folgen ich sehe, entnehmen Sie bitte den Antworten auf die jeweiligen Fragen.

12. Falls es sich bei diesen Entwicklungen tatsächlich um einen strukturellen Wandel des Journalismus – hin zum Journalismus 2.0 – handelt, welche Folgen hat dieser strukturelle Wandel, insbesondere für den politischen Journalismus?

Ich kenne keine Definition eines „Journalismus‘ 2.0“. Auch hier gilt, was ich bereits in meiner Antwort zu Frage 4 geschrieben habe, und was man auch, wie Christoph Neuberger, so beschreiben könnte: „Bisher haben Redakteure die wenigen Schleusen zur Öffentlichkeit bewacht; als ‚Gatekeeper‘ konnten sie weitgehend darüber entscheiden, über wen berichtet und

wer zitiert wird. Im Internet entsteht ein dezentrales Netz von Kanälen, das sich der journalistischen Kontrolle weitgehend entzieht. Damit verliert der traditionelle Journalismus sein Vermittlungsmonopol.“ Ich sehe diese Entwicklung erst einmal positiv; selbstverständlich gibt es zahlreiche Beispiele, wie diese Freiheiten trivialisiert oder missbraucht werden können. Neue Kommunikationsmöglichkeiten determinieren nicht den Umgang mit ihnen.

13. Wie bewerten Sie die These, dass hochwertige Onlineangebote unmöglich sind, solange journalistische Inhalte im Internet kostenfrei zur Verfügung gestellt werden?

Die Frage müsste lauten, ob hochwertige journalistische Inhalte allein durch Werbung finanzieren werden können. Schaut man auf die rein werbefinanzierten journalistischen Angebote, die bisher existieren – private Hörfunk- und Fernsehprogramme –, ist das eher zweifelhaft. Jedoch ist bei der so genannten Qualitätspresse (SZ, taz, FAZ, Spiegel etc.) der Anteil der Erlöse aus dem Verkauf der Produkte gering, die Produktions- und Vertriebskosten dagegen erheblich höher als bei Online-Medien. Angebote wie die New York Times online und Spiegel Online weisen seit einiger Zeit Gewinne aus. Dabei muss allerdings bedacht werden, dass sie zu einem erheblichen Teil von Inhalten leben, die für die Print-Produkte erstellt werden bzw. von den Inhalten der RedakteurInnen, die für das Print-Produkt arbeiten. Die Verlage geben keine Auskunft darüber, welche Kosten innerhalb des Hauses wie verteilt und abgerechnet werden. Daher ist es von Außen unmöglich zu beurteilen, ob etwa weniger Geld für die Produktion von Inhalten zur Verfügung stünde, wenn sie ausschließlich online erschienen, daher zwar Werbeeinnahmen ausfielen, dafür aber auch erhebliche Produktions- und Vertriebskosten für die Print-Produkte.

14. Welche Auswirkungen hat ein Angebot wie BILDblog auf die redaktionelle Gestaltung der „gedruckten“ Version?

Hier liegt u.U. ein Missverständnis vor. Das Bildblog ist unabhängig von der Bildzeitung. Es ist nicht das Online-Angebot der Bildzeitung, sondern soll eine Art Kontrollinstanz sein. Welche Auswirkungen es hat, ist schwer herauszufinden, da die Redaktion der Bildzeitung oder das Management des Springer-Verlags sich dazu nicht äußert. Man kann davon ausgehen, dass das Bildblog ihnen ein Dorn im Auge ist, dass es aber auf die Entscheidungen der Redaktion kaum Einfluss hat, da nicht genug Nutzer erreicht werden und diese sicher nicht deckungsgleich sind mit der Leserschaft der Bildzeitung.

15. Sehen Sie politischen und rechtlichen Handlungsbedarf, beispielsweise mit Blick auf die verfassungsrechtlich garantierten Medienfreiheiten, die Zeugnisverweigerungsrechte, die Presseausweise und die Berufsausbildung des grundsätzlich offenen Berufes eines Journalisten oder einer Journalistin?

Presseausweise haben in der Praxis schon lange keine in so große Relevanz mehr, dass ich bei dem Thema einen Handlungsbedarf sähe.

Eine verstärkte Konkurrenz durch Online-Medien, die nicht zum Mainstream gehören, dazu zu nutzen, den offenen Zugang zum Journalismus zu beschränken, hieße das Kind mit dem Bade auszuschütten. Oft genug ist diese Forderung erhoben worden; meist allein mit dem Zweck, die Pfründen derjenigen zu sichern, die bereits „drin“ sind. Eine journalistische Ausbildung garantiert in keinem Fall intensive Recherche, ausgewogene Darstellung der Fakten, Fairness oder ähnliche Qualitätsmerkmale eines guten Journalismus. Die Bildzeitung ist das beste Beispiel einer Publikation, die wahrscheinlich zu einem großen Teil von „ausgebildeten JournalistInnen“ gemacht wird und beständig gegen die Regeln der journalistischen Berufsethik verstößt.

Darf jemand das Zeugnisverweigerungsrecht in Anspruch nehmen, der online in einem Weblog publiziert, sonst aber nicht journalistisch arbeitet? Das kann nur fallweise entschieden werden. Wenn z.B. ein ausreichendes öffentliches Interesse an einer Veröffentlichung vorliegt, kann das Zeugnisverweigerungsrecht auch auf eine Online-Veröffentlichung ausgedehnt werden – und damit auch auf diejenigen, die dafür arbeiten.

Was die Berufsausbildung angeht, sollten Online-JournalistInnen dieselben berufsethischen Prinzipien vermittelt werden wie JournalistInnen, die für andere Medien arbeiten. Darüber hinaus müssen Online-JournalistInnen Spezialkenntnisse zu Produktionstechniken ihres Mediums besitzen, etwa von Content-Management-Systemen. Das ist allerdings in diesem Zusammenhang nicht entscheidend, da es auf Radio-, Fernseh- und Print-JournalistInnen ebenso zutrifft.

16. Wie weltumspannend ist das „globale Dorf“ – beispielsweise vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen in Burma im vergangenen Jahr oder derzeit in China und Tibet – tatsächlich und welche Chancen bieten diese neuen Formen der journalistischen Kommunikation, Einschränkungen der Presse- und Rundfunkfreiheit auszuhebeln?

Man muss hier unterscheiden zwischen Zugang zu Informationen und der Möglichkeit zu veröffentlichen. Zum einen gibt es weiterhin eine digitale Kluft. In vielen Ländern ist der Anteil der Bevölkerung, der Zugang zum Internet hat, sehr gering. Einige Länder, allen voran China, kontrollieren darüber hinaus den Zugang der BürgerInnen zu Informationen im Internet sehr effektiv.

Zum anderen können JournalistInnen das Internet dazu nutzen, leichter Informationen in Medien zu veröffentlichen, die nicht von der jeweiligen Regierung kontrolliert werden können. Viele JournalistInnen aus Simbabwe etwa veröffentlichen unter Pseudonym in britischen oder US-Online-Medien, die sich an LeserInnen in der Diaspora, aber auch in Simbabwe wenden. Das gleiche gilt für Länder wie Tibet. Darüber hinaus gibt es Spezialfälle. In Malaysia werden Printmedien zensiert, Online-Medien dagegen nicht.

17. Welche Gefahren ergeben sich – vor dem Hintergrund der vielfältigen Einschränkungen der Medien- und Pressefreiheit, welchen sich auch unabhängige Weblogs sowie Mediennutzer und Journalisten gegenüber sehen –, wenn es gelingt, den Zugang zum Internet grundsätzlich zu kontrollieren?

Es ist nahezu unmöglich, den Zugang zum Internet vollständig zu kontrollieren. Technisch versierte Nutzer werden fast immer eine Möglichkeit finden, sich Zugang zu verschaffen. Am Beispiel Chinas wird allerdings deutlich, dass eine weit weniger effektive Kontrolle ausreicht, um den allergrößten Teil der Nutzer von – aus Sicht der Regierung – unerwünschten Informationen abzuschneiden.

18. Teilen Sie die Einschätzung, dass derjenige, der den Zugang zum Internet kontrolliert, die Inhalte gar nicht erst überprüfen muss, sondern direkt verhindern kann, dass diese erst entstehen oder wahrgenommen werden?

Wenn ich die Frage richtig verstehe, dann ist das eine Fehleinschätzung. Denn ein Regime kann unter Umständen verhindern, dass BürgerInnen überhaupt Zugang zum Internet haben. Das will aber auch ein Land wie China nicht, weil es sich dadurch von einem entscheidend wichtigen Teil der Entwicklung abschneiden würde. Ist aber ein Zugang zum Internet vorhanden, müssen aber die Inhalte bewertet werden, um „unerwünschte“ Inhalte zu filtern.

19. Was sind aus Ihrer Sicht die möglichen Folgen und politischen Herausforderungen dieser Entwicklungen, beispielsweise mit Blick auf die immer wichtiger werdende Medienkompetenz?

Wenn es um internationale Entwicklungen geht, muss Deutschland eine aktive Rolle übernehmen bei Fragen der so genannten Internet Governance, also der Regulierung des Internets. In der Vergangenheit, etwa beim zweiteiligen „World Summit on the Information Society“ der Vereinten Nationen in Genf (2003) und Tunis (2005) hat die deutsche Regierung Personal aus der dritten Reihe entsandt. S. dazu meinen Kommentar aus der taz im Anhang.

20. Wie lassen sich Identität, Authentizität und Qualität der neuen Journalismusangebote sicherstellen?

Diese Frage kann man ohne genauere Definition nicht beantworten. Welche „neuen Journalismusangebote“? Geht es um Weblogs, Wikis, Online-Nachrichtengebote großer Medienhäuser? Deutsche oder ausländische? Nach welchen Qualitätskriterien?

21. So genannte Total-Buyout-Verträge für Journalistinnen und Journalisten sind inzwischen bei nahezu allen Zeitungsverlagen an der Tagesordnung. Mit der Unterzeichnung solcher Verträge werden nahezu alle Verwertungsrechte, über die ein Urheber verfügt, an die Verlage abgetreten. Die Digitalisierung bringt es mit sich, dass Artikel nicht mehr nur in der Print-Ausgabe, sondern auch Online oder auf zusätzlichen CDs und DVDs veröffentlicht oder in Datenbanken vorgehalten werden. Wie sieht die Praxis hinsichtlich der Ausschüttung der Vergütungen für die Zweitverwertung durch die Verlage aus? Hat sich die Vergütung für die Urheber durch die Mehrfachnutzung auch erhöht?

Die Praxis der Rechteverwerter – Verlage, Produktionsfirmen, aber z.T. auch öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten – kann in vielen Fällen nur als skandalös bezeichnet werden. Freiberuflich tätigen JournalistInnen wird die Wahl gelassen zwischen zwei Möglichkeiten: entweder alle Verwertungsrechte, für die noch vor wenigen Jahren Zusatzhonorare gezahlt würden, unentgeltlich an die Rechteverwerter abzutreten, oder von diesen Rechteverwertern keine Aufträge mehr zu bekommen und damit ihre berufliche Existenz zu gefährden. Verlage führen schwarze Listen von MitarbeiterInnen, die nicht beauftragt werden dürfen, weil sie dergleichen Total-Buyout-Verträge nicht akzeptieren, auch wenn diese nach Einschätzung von Experten nach dem Urhebervertragsrecht von 2003 rechtswidrig sind, da eine angemessene Vergütung gezahlt werden muss.

Zum anderen ist darauf hinzuweisen, dass der Streit um die Zweitverwertungsrechte eine Art Stellvertreterstreit ist, nur der deshalb so viel Erbitterung hervor ruft, weil die Rechteverwerter so unverhohlen ihre überlegene Machtposition mit sehr wenig Feingefühl ausspielen. Das zugrunde liegende Problem sind die Honorare, die auch von den so genannten Qualitätsmedien gezahlt werden. Zeilenhonorare von 70 Cent bei großen regionalen Tageszeitungen, von einem Euro bei deutschlandweit erscheinenden Zeitungen strafen die Verleger, die von Qualitätsoffensiven sprechen, Lügen. Einen ganzseitiger Artikel in der ZEIT, in dem vier volle Tage Arbeit stecken, mit 400 Euro zu vergüten, ist ein Schlag ins Gesicht der Freien MitarbeiterInnen. Selbst wenn hier eine Zusatzvergütung ausgehandelt werden könnte, etwa analog den Regelungen bei einigen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, würde sie wahrscheinlich in einer Größenordnung von fünf Prozent liegen. D.h. der Berliner Tagesspiegel würde dann nicht mehr 77 Cent pro Zeile zahlen, sondern 81 Cent. Das verbessert die wirtschaftliche Lage der FreiberuflerInnen nicht merklich.

22. Wie bewerten Sie angesichts des Wandels im Journalismus die Situation bei den Suchmaschinenanbietern, insbesondere vor dem Hintergrund der gebotenen Unabhängigkeit?

Marktbeherrschende Stellungen sind grundsätzlich abzulehnen. Im Fall von Suchmaschinen sind sie besonders relevant im Hinblick auf die Meinungsbildung einer Öffentlichkeit, die einen bedeutenden Anteil an Informationen online rezipiert, da viele Menschen Suchmaschinen als Zugang zu diesen Informationen nutzen. Allerdings überschätzen m. E. einige Google-Kritiker den Einfluss Googles auf die öffentliche Meinungsbildung, bzw. sie schätzen ihn falsch ein. Google bestimmt zu einem Teil darüber mit, wie journalistische Informationen aufgemacht werden, z.B. im Sinne von für Suchmaschinen optimierten Texten. Das ist durchaus ein enormer Einfluss, den kein Inhalte-Vermittler jemals zuvor hatte. Es ist jedoch etwas grundsätzlich anderes zu behaupten, Google würde über die journalistischen Inhalte mitbestimmen. Das kann u.U. mittelbar passieren, etwa wenn ein Online-Angebot sich durch eine gute Suchmaschinenoptimierung einen Konkurrenzvorteil gegenüber anderen verschafft. Sorge bereiten sollte, dass Google Nutzerdaten in bisher ungekanntem Ausmaß steigert. Diese Sammlung von Nutzerdaten unterliegt nicht deutschen Datenschutzbestimmungen und es ist nicht klar, zu welchen Zwecken Google diese Daten nutzt und nutzen wird. Das gilt im Übrigen ebenso für Anbieter wie Yahoo oder Ask.

Multimedialität

Anders als in Hörfunk, Fernsehen oder Presse können unter dem Oberbegriff „online“ verschiedene Arten von Daten übermittelt werden. Über das Internet können sowohl Texte, Fotos und Grafiken, als auch Videos, Animationen und Audiodateien übertragen werden.

Nonlinearität

Hyperlinks (Verknüpfungen im Text) erlauben es Online-Autoren, sich von der linearen Reihenfolge von Text, Audio oder Video zu lösen. Sie schaffen multimediale Welten, durch die die User selbstbestimmt navigieren können (Hypermedia). Im Idealfall bekommt der User einen guten Überblick über sein Themengebiet, im schlimmsten Fall verliert er den "roten Faden". Aufgabe der Online-Journalisten ist es, den Webauftritt so zu gestalten, dass der User an jeder Stelle die Orientierung behält.

Interaktivität

Im Web kommuniziert der User über seinen Nutzerrechner (Client) mit dem Anbieterrechner (Server). Er wählt Teile aus dem gesamten Angebot aus, startet Abfragen, navigiert aktiv durch das hypermediale Web-Angebot.

Kommunikativität

User (Nutzer) können sofort und direkt zum Autor oder zu anderen Usern Kontakt aufnehmen und sich zu ihnen in Beziehung setzen (bewerten, kommentieren, selbst publizieren). Das ist so weder Fernsehzuschauern noch Zeitungslernern möglich.

Ubiquität

Ein Online-Auftritt hat globale Reichweite. Bei aktuellen Ereignissen oder Richtigstellungen kann dies von entscheidender Bedeutung sein und andere Medien entlasten. Andererseits ist vielen Usern nicht klar, dass die Veröffentlichung eines Textes, Fotos oder Videos, einmal online, nicht mehr vollständig rückgängig gemacht werden kann.

Echtzeit- Aktualität

Ereignisse können über das Internet in Echtzeit, also nahezu ohne Zeitverzögerung, übermittelt werden. Online-Magazine verfügen über eigene Redaktionen, die das Muttermedium ergänzen. In den partizipativen Formaten online tauschen User mediale Produkte aus. Unternehmen übertragen Aktionärsversammlungen oder Pressekonferenzen live per Videostream.

Entgrenzung

Kommunikationswissenschaftler bezeichnen das Internet als „entgrenzten Berichterstattungsraum“. Dies bedeutet, dass sich im World Wide Web theoretisch unbegrenzt viele Dokumente unterbringen lassen. Im Gegensatz zu Print, Hörfunk und TV herrscht kein Platzmangel.

http://www.onlinejournalismus.org/oj/was_ist_oj.html

taz, 17.11.2005

Nächster Mehr Transparenz fürs Netz

Der Streit über die Freiheit des Internets beherrscht den UN-Gipfel zur Informationsgesellschaft in Tunis. Diktaturen ohne Meinungsfreiheit sind dabei nur ein Problem

Auf dem UN-Weltgipfel der Informationsgesellschaft in Tunis wollen Delegierte aus aller Welt sich darüber verständigen, wie die "digitale Kluft" zwischen Arm und Reich überwunden werden kann - auch mithilfe des Internets. Doch der Gipfel wird überschattet vom Streit über die Regulierung des Internets. Wer darf in Zukunft das Internet-Adress-System verwalten - die Ican, eine nichtkommerzielle, aber private Firma, die an kalifornisches Recht gebunden ist und noch dazu durch ihre Gründungsvereinbarung dem US-Handelsministerium untersteht? Oder eine Unterorganisation der Vereinten Nationen, die dafür sorgt, dass alle Länder mit am Tisch sitzen, wenn verhandelt wird - aber eben auch China, Saudi-Arabien und andere, deren Regierungen die Freiheit der Internetkommunikation nicht als Recht, sondern als Bedrohung empfinden?

Diese Frage ist wichtig, aber sie ist falsch gestellt. Das Domain-Name-System (DNS), mit dem im Internet bestimmten Nummernräumen für Menschen verständliche Adressen zugewiesen werden können - wie etwa www.taz.de - ist in der Tat ein Herzstück des Internets. Aber es ist durch den aktuellen Streit nicht ernsthaft bedroht. Und die Freiheit des Internets ist aus ganz anderen Gründen gefährdet. Viel ist in den letzten Tagen von der so genannten "nuklearen Option" gesprochen worden. Der Ausdruck soll das Ausmaß der Bedrohung deutlich machen, die vorliegt: Wenn sich die USA und andere Länder nicht darüber einigen können, wer das System verwaltet, und die Ican dabei unter die Räder kommt, wird das DNS zusammenbrechen und Internetnutzer werden unter den ihnen bekannten Adressen keine Webseiten mehr aufrufen können. Das ist ziemlich Unsinn. Denn auch in einem solchen Fall wäre es im Interesse aller Beteiligten, dass unter bestimmten, eindeutigen Adressen auch immer nur eine bestimmte Seite gefunden wird. Wer un.org eingibt, will auch die Seite der Vereinten Nationen bekommen - egal, von wo aus er ins Internet geht.

Dennoch hat die Kontrolle über das DNS eine große symbolische Wirkung. Daher ist es erfreulich, dass sich die Kontrahenten offenbar auf einen Kompromiss einigen konnten: Für den Moment arbeitet die Ican weiter wie gewohnt. Das ist gut, denn die Technokraten in Kalifornien haben ihren Job in den letzten 35 Jahren - ja, so lange gibt es das Internet bereits - besser gemacht, als ihn Regierungsbeamte wohl jemals machen würden. Daran, dass jetzt über ihre Abschaffung verhandelt wird, tragen sie kaum Schuld. Das haben sie der Kurzsichtigkeit der Bush-Regierung zu verdanken. Denn die war ihr in einer bisher nicht gekannten Art in den Arm gefallen. Fünf Jahre lang hatte sie den Prozess zur Einrichtung einer .xxx-Domain für Sex-Inhalte beobachtet, der nach allen beschlossenen Standards der Ican abgelaufen war. Dann hatte sie im letzten Moment verhindert, dass die Domain zugelassen wurde, um die christliche Rechte zufrieden zu stellen, die eine Kampagne gegen "Schmutz im Netz" losgetreten hatte. Dass ohne .xxx-Domain keine einzige Sexseite weniger im Internet stehen wird, spielt bei dieser Art symbolischer Politik selbstverständlich keine Rolle.

Zugleich soll nun in Tunis per Resolution das so genannten Internet Governance Forum (IGF) eingerichtet werden. Es wird sich damit beschäftigen, wie die Kontrolle über das DNS mit Beteiligung von UN-Agenturen, Regierungen, Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen ausgehandelt werden kann. Auch das ist erfreulich, denn ein solches Forum kann für mehr Transparenz und demokratische Beteiligung sorgen in Fragen, die inzwischen für einen großen

Teil der Weltbevölkerung von entscheidender Bedeutung sind. Zugleich wird das Forum vor der enormen Herausforderung stehen, den Einfluss repressiver Regimes auf die Internetverwaltung einzudämmen. Ob das gelingen kann, ist unklar.

Denn schon lange können viele Länder unter Beweis stellen, wie ernst es ihnen mit der Freiheit der Internetkommunikation ist. Kein einziges hat dabei bisher gut ausgesehen. Zum einen gibt es die Länder, die aktiv bestimmte Kommunikation unterdrücken. Sie versuchen, strikte Anmeldungen für Internetanschlüsse durchzusetzen, überwachen, was in Diskussionsforen geschrieben wird, und sperren ganze Namensräume, so dass Nutzer in Saudi-Arabien etwa überhaupt keine israelischen Seiten zu Gesicht bekommen können.

Bisher konnten derartige Einschränkungen von findigen Nutzern umgangen werden, wenn auch mit einigem Aufwand. Dass es immer schwieriger wird, dafür sorgen Privatunternehmen, in erster Linie aus den USA, aber auch aus anderen Ländern. Sie liefern zum Beispiel Router, die eigentlich dazu gedacht sind, den Internetdatenverkehr unterschiedslos weiterzuleiten. Nun aber haben sie schon Analysefunktionen eingebaut, um zu untersuchen, welche Art von Daten ausgetauscht werden - um sie im Zweifel zu sperren. Der US-Weltmarktführer Cisco gehört dazu. Der Weltmarktführer für Websuche, Google, zensiert Suchergebnisse, die er an chinesische Nutzer ausliefert. Das Webportal Yahoo hat der chinesischen Regierung bereitwillig Auskunft gegeben, wem ein bestimmtes E-Mail-Konto gehört, von dem aus "staatsfeindliche" Mails geschickt wurden. Der Journalist Shi Tao wurde anhand dieser Hinweise zu zehn Jahren Haft verurteilt. Yahoos Begründung: Wenn man in China Geschäfte machen wolle, müsse man sich eben auch an chinesische Gesetze halten.

Norm Coleman, republikanischer US-Senator aus Minnesota, hatte in der vergangenen Woche in einem Artikel für das Wall Street Journal gemahnt, die Bush-Regierung dürfe nicht zulassen, dass "Tunis zu einem digitalen München" werde. Die Katastrophe, die verhindert werden müsse, sei die Politisierung der Internetregulierung durch die UN. "Appeasement-Politik" wäre es demnach, das zuzulassen. Stattdessen müsse die Icann vollständig privatisiert werden, denn nur ein "marktbasierter" Ansatz könne die Freiheit des Internets garantieren. Man sollte einmal den Journalisten Shi Tao fragen, was er von Colemans - und Yahoos - marktbasiertem Freiheitsansatz hält. Dennoch muss man Coleman dankbar sein. Ohne seinen polemischen Aufruf wäre wahrscheinlich genau das passiert, was bisher immer passiert ist, wenn es um die Regulierung des Netzes ging: Es hätte niemand hingehört. Das ist nun anders. Der falsche Streit hat zur Aufmerksamkeit für das Richtige geführt. Und der Weg zu einer Lösung ist noch weit. Gerade deshalb darf sie nicht auf die unrühmliche Art gesucht werden, die sich auch die deutsche Regierung zur Gewohnheit gemacht hat: untergeordnete Verwaltungsbeamte hinter verschlossenen Türen aushandeln zu lassen, wie ein Kommunikationssystem reguliert wird, das inzwischen wie kein anderes unser Leben bestimmt.

MATTHIAS SPIELKAMP